

«Wir Stadtpräsidenten sagen Nein zur Initiative gegen das Verbandsbeschwerde-Recht»

«Eine gute Lebensqualität ist ein bedeutender Standortfaktor für unser Land, gerade für unsere Städte. Die Durchsetzung des geltenden Rechts zum Schutz von Mensch und Umwelt hat darum für die Schweizer Städte eine hohe Priorität. Das Beschwerde-Recht der Umweltorganisationen unterstützt diese Bemühungen; seine faktische Abschaffung wäre ein Rückschritt für den Umweltschutz.»



Aarau
Marcel Guignard
Stadtammann



Basel
Guy Morin
Regierungspräsident



Bern
Alexander Tschäppät
Stadtpräsident



Biel-Bienne
Hans Stöckli
Stadtpräsident



Fribourg
Pierre-Alain Clément
Stadtpräsident



Genf
Manuel Tornare
Stadtpräsident



Grenchen
Boris Banga
Stadtpräsident



Illnau-Effretikon
Martin Graf
Stadtpräsident



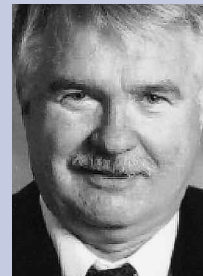
Lausanne
Daniel Brélaz
Stadtpräsident



Solothurn
Kurt Fluri
Stadtpräsident



Schaffhausen
Marcel Wenger
Stadtpräsident



Thun
Hansueli von Allmen
Stadtpräsident

«Städte haben mit grossen Bauvorhaben reiche Erfahrungen. Dabei können Beschwerden von Umweltorganisationen im Einzelfall ärgern. Doch die Vorteile überwiegen. Eine Untersuchung des SECO aus dem Jahr 2007 zeigt, dass das Beschwerde-Recht die Bauwirtschaft nicht behindert. Die Initiative der Zürcher FDP gefährdet ein bewährtes Rechtsmittel.»

Nein

30. November

www.verbandsbeschwerde.ch

Mit: **Bundesrat, National- und Ständerat**
45 Staatsrechts-Professoren
Schweizerischer Städteverband

